

## ***Kommunen als Orte der Daseinsvorsorge stärken***

Kommunalpolitik entscheidet über Leistungen und Güter, die grundlegend sind für das Funktionieren unseres Zusammenlebens. Kommunen und Gemeinderäte sowie Landkreise und Kreistage spielen eine zentrale Rolle für Pflege, Erhalt und Ausbau weiterer Teile unserer Infrastruktur, ob als eigene Aufgabe oder im Auftrag anderer politischer Ebenen.

Für uns ist es selbstverständlich, dass kommunale Daseinsvorsorge neben den „klassischen“ Themen wie Energie- und Wärmenetze, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, Abfall (Kreislaufwirtschaft), Mobilität, digitale Infrastruktur sowie Sicherheit (z.B. Feuerwehr), auch Teilhabe und soziale Infrastruktur in den Bereichen Bildung und Betreuung, Gesundheitsversorgung oder Wohnraum umfasst. Diese Infrastrukturen müssen als staatliche Leistungen allen Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen und dementsprechend niederschwellig und barrierefrei sein.

Die öffentliche Hand hat eine klare, gemeinwohlorientierte Aufgabe: Gewährleistung von Leistungen, die unter Aspekten reiner, wettbewerblicher Marktwirtschaft nicht, nicht befriedigend oder unverhältnismäßig teuer angeboten werden könnten. Sehr kritisch stehen wir dem „Rosinenpicken“ gegenüber, also wenn die privatwirtschaftliche Leistungserbringung sich nur auf rentable Teile beschränkt und die unwirtschaftlichen Bereiche bei der öffentlichen Hand hängen geblieben. Wirtschaftliche Betätigungen der Kommunen stehen zu Recht unter strengen Kriterien. Wir sind allerdings der Meinung, dass das verschärfte Subsidiaritätserfordernis in bestimmten Bereichen, ganz konkret der Energieversorgung, einer Prüfung und unter Umständen einer Abschwächung bedarf. Wir sehen dies als logische Reaktion auf die Aufgaben und wachsende Bedeutung der kommunalen Daseinsvorsorge. Kommunale Unternehmen, wie beispielsweise Stadtwerke, sehen wir als Chance und Instrumente für eine nachhaltige und ökologische Energie- und Wärmewende unter demokratischer Beteiligung durch die Aufsichtsräte. Ihre Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere bezüglich Kreditaufnahmen wie auch Absicherungen angesichts der großen anstehenden Investitionen für Erneuerung und Ausbau von Netzen, sind zu verbessern. Shareholder Leasing oder Cross Border Leasing lehnen wir in allen Ausformungen entschieden ab.

Bezüglich der Chancen von Private Public Partnership streben wir intensive Debatten an, in welchen Bereichen und unter welchen Konditionen dieses Modell, in den einzelnen Kommunen sinnvoll ist und bei welchen Aufgaben beispielsweise Genossenschaften oder interkommunale Zusammenarbeit geeignete Partner sind. Gute Beispiele sind für uns etwa (Bürger\*innen-) Energiegenossenschaften.

Der Erhalt der Daseinsvorsorge gehört zum Kern von Staatlichkeit, Es geht dabei um Grundversorgung und deren Infrastruktur, auf die wir alle zurückgreifen.

Eine erfolgreiche Wirtschaft benötigt verlässliche Infrastrukturen. Dies macht kommunale Daseinsvorsorge zu einem Wettbewerbsfaktor von zentraler Bedeutung, regional wie international.

Kommunen leisten einen wesentlichen Beitrag dafür, dass unser Staat funktioniert. Eine gleichwertige, verlässliche und flächendeckende Infrastruktur ist die Voraussetzung für die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse. Einer Herausforderung, der sich insbesondere ein Flächenland wie Baden-Württemberg immer wieder neu zu stellen hat. Diese Leistung vollbringen unsere 1.101 Kommunen in all ihrer Vielfalt und sind damit ein Garant für das Funktionieren unseres Landes, das eine der innovativsten und wirtschaftsstärksten Regionen Europas ist.

Eine gute, gleichwertige Grundversorgung bedeutet auch Freiheit und Selbstbestimmung in der persönlichen Lebensführung aller Baden-Württemberger\*innen. Gerade unter diesem Aspekt hat kommunale Daseinsvorsorge auch einen klaren Auftrag im Hinblick auf die Gleichstellung der Geschlechter zu leisten, z.B. durch die Bereitstellung von ausreichend Ganztagesangeboten in Kitas und Schulen. Ebenso ist kommunale Daseinsvorsorge und Infrastruktur eine Frage der Generationengerechtigkeit. Beispielsweise bezüglich einer selbstbestimmten Lebensführung im Alter. In einer alternden Gesellschaft muss der notwendige Wandel in Bezug auf die Infrastruktur (Wohnen, Nahversorgung, medizinische Versorgung, barrierefreier Nahverkehr, Pflege) mitgedacht und mitgeplant werden. Zugleich haben die nachkommenden Generationen ein Recht auf Bildung und persönliche Entwicklung, das nicht zuletzt auch vom Engagement der Kommunen als Träger von Schulen und Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit abhängt.

Flächendeckende, stabile und funktionierende Daseinsvorsorge ist ein Garant für unsere Demokratie und das Vertrauen in unseren Staat und politische Entscheidungen. Durch das

Gelingen und Funktionieren von Infrastruktur leitet sich daher auch die Legitimation staatlicher Herrschaft ab.

Wir als grüne und grünen-nahe Kommunalpolitiker\*innen stehen für starke Kommunen, die ihren vielfältigen Aufgaben gerecht werden.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Allen voran Demografie, Klimakrise, Klimawandelanpassung, Verteidigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung sowie unseres Sozialstaates, enger werdenden finanziellen Spielräumen und Ressourcenknappheit. Gemeinsam stellen wir die langfristig die Finanzierung der Grundversorgung sicher.

In den kommenden Jahren ist für uns grüne und grünen-nahe Kommunalpolitiker\*innen daher eine Frage zentral: Wie organisieren wir Staatlichkeit unter diesen herausfordernden Bedingungen?

Dafür müssen wir alle kommunalen Leistungen auf den Prüfstand stellen, ebenso wie wir prüfen, wo wir in Ertüchtigung sowie neue und zusätzliche Infrastrukturen investieren müssen. Die schwierige Frage nach Pflicht- und Freiwilligkeitsaufgaben werden wir einer kritischen Prüfung unterziehen und Prioritäten setzen. Welche Güter und Leistungen sind essenziell wichtig und sollten Pflichtaufgabe bleiben oder gar werden, welche sehen wir in der freiwilligen Vorhaltung der Kommunen? Beispielsweise werden wir diskutieren, ob Frauenhäuser weiter zu den Freiwilligkeitsleistungen gehören sollten, da es hier um den essenziellen Schutz von Frauen und Kindern geht.

Ein dynamisches und vielfältiges Sozialleben stärkt und definiert Kommunen. Das gilt es zu unterstützen und die Teilhabe für breite Bevölkerungsschichten zu ermöglichen. Dazu können Kommunen auf vielfältige Weise einen Beitrag leisten.

Grundsätzlich benötigen wir eine stabile finanzielle Ausstattung, weniger bürokratische Regularien sowie erweiterte Handlungsspielräume, angesichts demografischer Veränderungen eine starke und als Arbeitgeber attraktive Verwaltung, eine wirklich funktionierende Verwaltungsdigitalisierung, aber auch ein gesellschaftliches Klima der gegenseitigen Wertschätzung und Akzeptanz im Alltag wie in der politischen Auseinandersetzung. Wir wollen die Kommunen als Ort der Daseinsvorsorge in der breiten Öffentlichkeit sichtbar, bekannt und greifbar machen.

**Kontakt:**

**GAR BW – Grüne & Alternative in den Räten von Baden-Württemberg**  
**- Die Kommunalpolitische Vereinigung von Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg -**  
**Königstr. 78 – 70173 Stuttgart – [info@gar-bw.de](mailto:info@gar-bw.de) – [www.gar-bw.de](http://www.gar-bw.de)**

---